



PRESSEMITTEILUNG

Rot-Grüne Initiative für günstige Mieten ist Heuchelei

CDU will Wohnungsbau nur in bestimmten Segmenten fördern

„Die Forderungen von SPD und Grünen nach einem kommunalen Förderprogramm für den Wohnungsbau sind Heuchelei! Seit Jahren sorgt Rot-Grün durch Beschlüsse dafür, dass die Hürden für günstigen Mietraum in Hannover sehr hochgelegt werden. So drängen SPD und Grüne z.B. die Verwaltung regelmäßig dazu, dass städtische Grundstücke bevorzugt an Bauherren vergeben werden, die sich bereiterklären, die Gebäude im Passivhausstandard zu errichten. Die Errichtung dieser Gebäude ist sehr kostenintensiv und bedingt gleichzeitig höhere Mieten“, so **Felix Blaschzyk**, baupolitischer Sprecher der **CDU**-Ratsfraktion und ergänzt: „Kostenmieten von 10-12 € pro Quadratmeter, im sog. „mittleren Preissegment“, sind heute beim Neubau Realität. Wir müssen uns fragen, ob diese Entwicklung so weitergehen soll und wie hoch die ökologischen Standards sein sollen, die wir uns leisten können.“

„Die Mieten in Hannover sind im Bundesvergleich moderat. Gleichwohl kann in Hannover, vor allem bei Neubauprojekten, einen starken Preisanstieg beobachtet werden. Diesem Trend kann nur entgegen gewirkt werden, wenn wir eine Stadtentwicklung betreiben, die den Anforderungen der gesamten Stadtgesellschaft gerecht wird“, so **Blaschzyk** weiter und fügt hinzu: „Der Fokus wurde in der Vergangenheit nahezu ausschließlich auf Millionenprojekte im Segment der Luxuswohnungen gelegt, für dessen Versinnbildlichung das Projekt City 2020 steht. Neue Bauvorhaben mit bezahlbarem Wohnraum muss man in Hannover mit der Lupe suchen.“

„In Hannover fehlen vor allem kleine Wohnungen für Singles, Studenten und ältere, allein lebende Menschen. Wir brauchen ein zielführendes Konzept, um das Defizit im Wohnsektor bis 45 m² auszugleichen und möglichen weiteren Engpässen – wie z.B. fehlenden bezahlbaren Wohnraum für Großfamilien – zuvorzukommen. Ein millionenschweres Wohnungsbauförderprogramm halten wir für die falsche Antwort“, ergänzt **Blaschzyk**.

„Denkbar und sinnvoller wäre zum Beispiel, dass nicht mehr der Höchstbietende für ein städtisches Grundstück den Zuschlag erhält, sondern die Vergabe von Kriterien wie „Bezahlbarkeit des Wohnraums“, „Bedarfsdeckung“ oder „städtebauliche Verträglichkeit“ abhängig gemacht wird. Immerhin ist die Landeshauptstadt der größte Grundstücksbesitzer in Hannover“, so **Blaschzyk**. „Eine solche Maßnahme zeitigt zwar weniger Einnahmen, jedoch wird der Investitionshaushalt nicht belastet. So könnten wir viel Geld sparen, das wir für andere wichtige Projekte verwenden können, wie z.B. den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Straßensanierung. Lösungsansätze brauchen wir aber auch im Bereich der

Einfamilienhäuser. Statt mehrere, zusammenhängende Grundstücke für Einfamilienhäuser an Bauträger abzugeben, sollte über eine Direktvermarktung städtischer Grundstücke nachgedacht werden“, mahnt **Felix Blaschzyk** und fügt abschließend hinzu: „Die Landeshauptstadt kann auch, ohne viel Geld in die Hand zu nehmen, einen aktiven und effektiven Beitrag leisten, dem Wohnungsmangel in bestimmten Segmenten entgegenzuwirken.“

Für Nachfragen steht Ihnen unser baupolitischer Sprecher, Felix Blaschzyk, unter der Telefonnummer: 0151 – 46709406 zur Verfügung.

14.01.2012